

Kiel, 29.01.2009

## Landtag aktuell

**Es gilt das gesprochene Wort!**  
**Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 23, 28, 29: Konjunkturpaket II, Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Programm für Zukunft und Beschäftigung (Drucksachen 16/2401, 16/2423, 16/2425, 16/2429)

**Ralf Stegner:**

### **Die richtigen Zukunftsinvestitionen zielgerichtet auf den Weg bringen**

Die derzeitige Krise ist die große Chance für eine Neuorientierung der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, führt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, aus, für eine neue Balance zwischen Markt und Staat. Damit der jetzige Abwärtstrend nicht in eine Depression mündet, müssen wir antizyklisch gegensteuern. Das tun wir mit dem zweiten Konjunkturpaket, das dank der Sozialdemokratie einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich der öffentlichen und besonders kommunalen Investitionen setzt. Das Konjunkturprogramm stärkt zusätzlich die private Nachfrage mit gezielten Hilfen für Familien und Menschen mit wenig Einkommen. Die Investitionen müssen nun zielgerichtet umgesetzt werden.

Stegner kündigt an, man werde sich auf allen Ebenen einmischen und konstruktiv und mit Weitsicht das kommunale Investitionsprogramm in Schleswig-Holstein umsetzen helfen. Nötig ist eine zügige Abwicklung, die so unbürokratisch wie möglich ist und auch darauf achtet, dass Mindestanforderungen erfüllt sind. Stegner warnt davor, für das Ende der Krise weitere Steuersenkungen zu versprechen; man müsse vielmehr diejenigen heranziehen, die mehr tragen können. Für die Finanzmärkte müssen Regeln und Gesetze geschaffen werden, die der Gier erfolgreich Grenzen setzen.

### Die Rede im Wortlaut:

Deutschland befindet sich vor der schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. International bedarf es **einer konzertierten Aktion gegen den wirtschaftlichen Abschwung** und für Mechanismen, die verhindern, dass die Hauptursachen dieser Krise gleich zur nächsten führen werden.

Wir haben eine einzigartige Situation durch die weltweite Rezession, die tiefgreifende Finanzmarktkrise und eine Konjunktur- und Strukturkrise (Automobilindustrie), von der **Deutschland überdurchschnittlich betroffen** ist, weil hierzulande 40 % des BSP von Im- und Export abhängen – weit mehr als in Japan oder den USA. Das hat auch Folgen für Schleswig-Holstein, auch wenn es hier wegen unserer mittelständischen Struktur langsamer abwärts, allerdings auch langsamer aufwärts geht.

Für eine solche Krise gibt es keine Blaupausen, und auch nicht viele kluge, d. h. praxistaugliche Ratschläge für die Politik aus Wissenschaft und Wirtschaft. Gleichzeitig haben wir die **große Chance für eine Neuorientierung der Politik** in Bund, Ländern und Gemeinden. Es geht um eine neue Balance zwischen Markt und Staat. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung statt Bürokratie und Zuständigkeitsstreit, den die Menschen leid sind. Und ja, wir brauchen auch **zusätzliche Verschuldung, um den Pakt für Stabilität und Beschäftigung umzusetzen**, den Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagen und die Berliner Regierungskoalition beschlossen hat.

Die Dimension der Krise führt immerhin auch zu der Erkenntnis, dass der Staat sich einmischen muss – zumindest verbal selbst bei denen, die bisher den Staat klein geredet und klein gemacht haben. Die Zeit der marktradikalen Politik mit dem Ruf nach immer weniger Staat und ungezügelter Markt hat ausgedient. Die Finanzkrise und die sich jetzt spürbar entwickelnde Konjunkturkrise zeigen deutlich, **dass der Markt allein es nicht richten kann**. Staatliche Verantwortung ist heute mehr denn je von Nöten, demokratische Politik muss das ausgleichen, was der Markt angerichtet hat.

Die immer weiter vorangetriebene Liberalisierung der Finanzmärkte, die mangelnde Binnennachfrage und die extremen internationalen Handelsungleichgewichte haben eine labile Situation geschaffen, die nun zusammengebrochen ist und kaum mehr Puffer bietet.

Wir haben in Deutschland immerhin noch **einige antizyklisch wirkende automatische Stabilisatoren**, eine gesetzliche Rentenversicherung, die Dank sozialdemokratischer Beharrlichkeit immer noch mit dem Umlageverfahren funktioniert, die gesetzlichen Krankenversicherungen und die Sparkassen - andere, die dies nicht haben, wie z. B. England, kämpfen einen ungleich schwierigeren Kampf.

Ich hoffe, dass das unselige Kapitaldeckungsverfahren für die sozialen Sicherungssysteme nun endgültig vom Tisch ist, wenn aus der Finanzkrise keine Staats- und Demokratiekrise werden soll, weil Millionen von Rentnern um ihre Alterssicherung fürchten müssten, wenn wir den marktradikalen Vorschlägen in Sachen sozialer Sicherung gefolgt wären.

Wir müssen verhindern, dass der jetzige Abwärtstrend in eine Depression mündet. Uns drohen wachsende Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen, die zu sinkender Nachfrage führen würden - wenn wir hier nicht **antizyklisch gegensteuern**, droht eine Abwärtsspirale mit verheerenden sozialen Folgen. In der jetzigen Zeit den Gürtel noch enger zu schnallen und die Sparanstrengungen zu verstärken, hieße, die Krise zu verschärfen. Dies träfe übrigens immer am stärksten die mit den kleinen Einkommen, die Familien und die Schwächsten, während andere in solchen Krisen richtig Kasse machen.

Das Konjunkturpaket wird Impulse für ein dauerhaftes qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung setzen. Es bietet eine gute und sozial ausgewogene Grundlage, um

- Arbeitsplätze zu sichern
- die Wirtschaft und Binnennachfrage zu stärken
- die öffentliche Infrastruktur nachhaltig zu modernisieren und
- die ökologische und energiepolitische Wende zu fördern und damit auch neue Zukunftsmärkte für Deutschland zu erschließen (Beispiel: Stromnetze, Gebäudesanierung).

John Maynard Keynes sagte einmal, dass man auch Pyramiden bauen könnte, um die Wirtschaft durch öffentliche Investitionen zu stärken, man könne allerdings natürlich auch sinnvoller investieren – alles andere wäre in der Tat herausgeschmissenes Geld. Das ist unsere Verantwortung. Wir brauchen keine Strohfeuer, die in einem Konjunkturzyklus verpuffen, nein, **wir wollen Werte für die Zukunft schaffen**. Die Weichen wurden dafür in Berlin gestellt, nun ist es an uns und den Kommunen, sinnvolle Prioritäten zu setzen. Dazu müssen alle Ebenen gemeinsam an einem Strang ziehen und wir müssen so schnell wie möglich anfangen.

Mit dem zweiten Konjunkturpaket wird dank der Sozialdemokratie ein deutlicher **Schwerpunkt im Bereich der öffentlichen und besonders kommunalen Investitionen** gesetzt, die einen ungleich größeren Wachstumseffekt haben als zum Beispiel Steuersenkungen. Dass die Abschaffung von Beiträgen für Kindertagesstätten zudem einen viel größeren Entlastungseffekt für ganz normale Familien hätte, ist hier ja bekannt, die SPD-Fraktion wird das in dem vereinbarten Stufenplan sicherstellen.

Unsere Schwerpunkte werden aufgegriffen: Bildung, kommunale Investitionen und energetische Sanierung – das sind die Bereiche, bei denen wir einen enormen Bedarf haben und wo wir allein aus finanziellen Gründen bisher nicht mehr gemacht haben,

auch wenn wir bereits für den jetzigen Haushalt hier schon einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt haben. In den nächsten Wochen müssen wir klären, wie wir den **Landesanteil von über 100 Mio. Euro** aufbringen, den wir brauchen, um die Bundesmittel abrufen zu können. Unbürokratisch, schnell und wie verabredet im Verhältnis 75 : 25 zwischen Bund und Ländern und 70 : 30 zwischen Land und Kommunen.

Das Paket enthält aber auch den Grundsatz „Qualifizieren statt entlassen“ und den Vorrang von Kurzarbeit vor Entlassung. Ich erwähne dies, weil das hilft, Beschäftigung zu erhalten, Arbeitslosigkeit zu verhindern und Know-how zu sichern: Jetzt sind auch die ARGEN gefordert, innovative und zukunftsorientierte Projekte aufzulegen und zu fördern.

Das **Konjunkturprogramm stärkt zusätzlich die private Nachfrage** mit gezielten Hilfen für Familien und Menschen mit wenig Einkommen. Mit dem Konjunkturpaket helfen wir besonders Familien mit Kindern. Familien erhalten für jedes Kind einmalig einen Kinderbonus von 100 Euro. Die Regelsätze für Kinder von Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Beziehern werden erhöht. Das war überfällig und eine Forderung, für die die SPD-Landtagsfraktion in Berlin schon länger geworben hat. Natürlich hätten wir uns für die Kinder noch mehr vorstellen können, aber in Koalitionen muss man eben Kompromisse machen und so wurden zumindest weitergehende Steuergeschenke für Gutverdiener verhindert.

Die weiteren Beschlüsse zum **Mindestlohn**, der künftig für sechs weitere Branchen gelten soll, werden hier ebenfalls positiv wirken. Das ist – wie man bei der Zeitarbeit sieht – ein mühsamer Kampf für ökonomische Vernunft und soziale Gerechtigkeit, den die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Gewerkschaften führen muss.

Die Entscheidung, den **Eingangsteuersatz zu senken**, ist im Prinzip richtig, es stellt sich aber die Frage, ob die damit verbundenen stärkeren Entlastungen gerade hoher

Einkommen nicht hätten abgeschöpft werden müssen. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Grünen bedanken, die in Bremen mit der SPD und in Hamburg mit der Union durch ihre Entscheidung, das Konjunkturpaket im Bundesrat zu stützen, den Steuersenkungsplänen für Besserverdienende aus den Reihen der Partei der Besserverdienenden die Grundlage entzogen haben. Ich sage es hier deutlich: Weitergehende **milliardenschwere Steuerentlastungen** à la FDP oder CSU gingen zu Lasten von Bildung und Kinderbetreuung, also der Handlungsfähigkeit öffentlicher Haushalte in Ländern und Kommunen. Zugleich sind sie verteilungspolitisch falsch, weil sie eben doch von unten nach oben hin zu denen verteilen, die eben nicht den Konsum ankurbeln, sondern eine besonders hohe Sparquote haben. Eine solche Umverteilung zu denen, die ohnehin profitieren, lehnen wir erst recht in schwierigen Zeiten ab.

Es ist richtig, den **Beitragssatz für die Krankenkassen** zu senken, auch wenn ich mir gewünscht hätte, dass wir uns mit unserer Forderung, dies allein für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun und damit die nicht mehr existierende Parität der Finanzierung wieder herzustellen, nicht durchsetzbar war.

Ich hoffe, dass die Impulse für die private Nachfrage schneller wirken können und so bereits konjunkturelle Impulse geben können, die die naturgemäß langsamer anlauenden Investitionen dann verstärken können.

Das **kommunale Investitionsprogramm** ist auch in der Beurteilung der Gewerkschaften das sinnvollste und wirksamste Element des Konjunkturprogramms. Es ist allerdings ziemlich das genaue Gegenteil von dem, was die virtuelle Wunschkoalition bis vor kurzem noch an marktradikalen Patentrezepten propagiert hat. Schloss Gottorf ist übrigens ein wundervolles Museum mit alten Gemälden und manchmal auch mit alten Ideen, wenn man sich langjährig ausgewiesene Oppositionsspezialisten als Museumsführer einlädt. Ich bin sicher, dass die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Bundestagswahl das „was wäre wenn“ mit ins Kalkül ziehen werden. Wer mit seinen For-

derungen und Inhalten bisher das unterstützt hat, was die Krise ausgelöst hat – und zum Glück gibt es ja ein gutes Archiv -, ist wohl kaum dafür prädestiniert, die richtigen Antworten dafür zu haben, die entstandenen Probleme zu lösen. Die Gefahr des politischen Rückfalls ist trotz aller anders lautender verbaler Bekundungen allzu groß.

Es geht um die Stabilisierung der Konjunktur, um die Rettung von Arbeitsplätzen und darum, dass hier kein Geld verpufft, sondern die richtigen Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden. Masse allein genügt nicht. **Zielgerichtet müssen die Investitionen** sein. Und je schneller die Investitionen umgesetzt werden, desto besser für Konjunktur und Arbeitsplätze.

Es ist gerade die schleswig-holsteinische SPD und die SPD-Fraktion in diesem Hause, die programmatisch seit Jahren auf die **Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates** und auf die Möglichkeit für höhere öffentliche Investitionen für die Daseinsvorsorge drängt.

Ein hoher Anteil der Mittel, nämlich 70 %, wird den Kommunen zu Gute kommen, insbesondere für die Investitionen in Schulen und Kindergärten sowie die Modernisierung kommunaler Infrastruktur. Das ist gut so, denn die **Kommunen sind der größte öffentliche Investor**. Sie sind unmittelbar an den Bedürfnissen der Bürger dran und sie wissen auch deshalb, was nötig ist. Wir müssen dafür sorgen, dass die praktischen Fragen in der Definition der Zusätzlichkeit über die Haushaltsveranschlagung bis zur Projektentwicklung schnell und mit möglichst wenig Bürokratie gelöst werden.

Die SPD setzt sich für starke Kommunen ein, die sorgfältig die richtigen Prioritäten setzen und sich selbst überlegen, welchen Beitrag sie zur Stärkung der Konjunktur setzen können und sicher gemeinsam mit der Landesregierung überlegen, wie das am schlauesten umgesetzt wird. Gerade **finanzschwache Kommunen** sollen, das wird das Bundesprogramm vorsehen, von dem Programm profitieren. Eine Null-Prozent-

Beteiligung halte ich aber nicht für sinnvoll. Da gibt es auch zusätzliche Möglichkeiten, z. B. mit Zins- und Tilgungsaussetzungen bei der KfW.

Was die Gesetzesvorschläge angeht, die die Landesregierung im Februar dem Landtag zuleiten wird, empfehle ich beispielgebend die Beschlüsse aus Rheinland-Pfalz, wo eine vorzügliche und kommunalfreundliche Regelung gefunden worden ist.

Wir werden uns auf allen Ebenen einmischen und konstruktiv und mit Weitsicht das kommunale Investitionsprogramm in Schleswig-Holstein umzusetzen helfen. Wir wollen eine zügige Abwicklung, die so unbürokratisch wie möglich ist, die aber auch darauf achtet, dass **Mindestanforderungen erfüllt** sind. Bei der befristeten Einführung gelockerter Vergabebedingungen ist es wichtig, Transparenz, Partizipationsmöglichkeiten und Gerechtigkeit nicht aus den Augen zu verlieren.

Angesichts der anstehenden Europawahl möchte ich hervorheben, wie flexibel die vielgescholtene EU hier reagiert hat und auch weiter reagieren will. Zumindest jetzt hat sie erkannt, dass es sich eben nicht um das Problem einzelner Banken mit dummen Managern handelt, sondern um eine Krise des gesamten Systems des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Ich hoffe, dass auch hier dann die Einsicht greift, dass **eine weitergehende Deregulierung der Finanzmärkte nicht sinnvoll** ist.

Im Gegenteil: Wir brauchen einen TÜV für Finanzmarktprodukte, wir brauchen mehr Kontrolle und wir brauchen auch die staatliche Mitsprache, wo Steuermittel eingesetzt werden. Was wir übrigens nicht brauchen, ist die **Verstaatlichung von Betrieben** – das ist nicht Rüttgers Club sondern eher Rotkäppchen und klingt mehr nach der alten Ost-CDU als einer Lösung, die die Banken stützt, aber auch erwartet, dass diese der Wirtschaft die notwendigen Kredite gibt. Das Beispiel Scheffler nach dem Motto „Milliärdarin will Staatskredite“ spricht Bände darüber, welche absurden Blüten die Diskussion hier treibt. Wenn es uns gelingt, die Investitionen in eine sinnvolle, in eine nach-



haltige Richtung zu lenken und den Abschwung abzumildern, dann ist das investierte Geld nicht verloren. Dennoch müssen wir uns um die Finanzierung Gedanken machen.

Ich finde es im Übrigen richtig, dass das Paket nicht über den Haushalt, sondern **durch einen Sonderfonds abgewickelt** wird, der durch einen Teil des Bundesbankgewinns und später zusätzlich durch Steuermittel getilgt werden soll. Das folgt dem Vorbild des Fonds Deutsche Einheit, in dem die Altschulden der DDR über zwei Jahrzehnte hinweg abgebaut worden sind.

Wir haben in Schleswig-Holstein einen ähnlichen Vorschlag für die Schulden der Länder gemacht, weil auch hier gilt, dass wir in einem extra Fonds klarere Rückführungsregeln finden können als in allgemeinen Haushalten. Vielleicht wird darüber bei der Föderalismuskommission noch einmal beraten werden.

Ich hoffe, dass wir bei der Finanzierung auch daran denken, **was diese Krise verschärft hat**: Wir dürfen nicht die belasten, die an der Krise nun wirklich nicht Schuld sind und in den letzten Jahren immer weniger in den Taschen hatten und die alles, was sie hatten, auch ausgegeben haben, sondern die, die ohnehin nicht wussten, wohin mit ihrem Geld und in immer risikoreichere Anlagen investiert hatten: Wir sollten für das Ende der Krise nicht weitere Steuersenkungen versprechen, sondern diejenigen heranziehen, die mehr tragen können, z. B. durch eine gerechtere Besteuerung, höhere Einkommen und Vermögen, durch eine erweiterte Gewerbesteuer und auch durch das Schließen des Schlupfloches Steueroasen. Andernfalls werden wir einen handlungsunfähigen Staat schaffen – wie gefährlich das ist, können wir, können alle Bürger seit Monaten verfolgen.

Deswegen geht die angedachte Schuldenregel ohne eine Idee, wie alle Länder in die Lage versetzt werden, dass sie diese auch erfüllen können, nicht. Ich bin sehr skept-

tisch, was den derzeitigen Stand in der Föderalismuskommission angeht. Ohne eine **faire Altschuldenregelung** wird Schleswig-Holstein nicht zustimmen können und ich bezweifle auch, ob es der Glaubwürdigkeit der Politik dient, notwendige milliarden-schwere Schuldenpakete zu schnüren und gleichzeitig eine strikte Schuldenregel in der Verfassung zu beschließen und den Bürgern zu allem Überfluss noch zu sagen, für die nächsten paar Jahre können wir die aber gar nicht einhalten. Das ist eher eine Kapitulation von Parlamenten und die Delegation von Politik an die Judikative. Nicht dass Sie mich falsch verstehen: Politik nach dem Motto „Es kommt nicht mehr drauf an“ geht nicht und wir müssen über Refinanzierung reden, aber das muss primär die betreffen, die den Schlamassel angerichtet haben.

Unsere Wirtschaftsordnung ist wie sie ist, die Gier ist bedauerlich, gehört aber offenbar zum System. Es geht darum, dass wir **Regeln und Gesetze schaffen, die dieser Gier erfolgreich Grenzen setzen**: Das betrifft die Reits, Hedgefonds, Steueroasen, Leerverkäufe und vieles mehr. In Spanien zum Beispiel war die Regulierung wesentlich dichter, so dass dort trotz des Zusammenbruchs des Immobiliensektors die Banken recht solide dastehen. Die SPD will deshalb schnell über „langfristige Konsequenzen“ aus der Finanzkrise entscheiden. Dies gilt umso mehr, als im liberalkonservativen Spektrum der Politik und in der Wirtschaft immer mehr Verharmloser der Wirtschaftskrise unterwegs sind.

„Konjunkturprogramm“ war lange Zeit ein Unwort in der deutschen Politik; ich bin froh, dass sich das geändert hat und die Erkenntnis, dass der Markt nicht alles alleine richten kann und darf, um sich greift. Ich hoffe, dass diese Erkenntnis länger anhält als die jetzige Krise. Gefordert ist jetzt **Entschlossenheit im Handeln**, damit die Bürger nicht im wahrsten Sinne des Wortes dauerhaft mit ihren Steuergeldern bürgen müssen für Managementversagen und eine Haltung, die vergessen hat, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist – und nicht umgekehrt.

